



Das Vertrauen ist angeknackst

Gefälschte Unterschriften, falsche Prognosen, unklare Vorlagen: Das Postkarten-Image der direkten Demokratie hat jüngst Kratzer abbekommen.

Von Simon Marti, Thomas Müller, Nicole Althaus (Text) und Silas Zindel (Bilder)

Direkte Demokratie in Aktion: Auf dem Zürcher Helvetiaplatz sammelt ein Aktivist Unterschriften für ein Verbot von Tierversuchen.

Es ist Markt auf dem Zürcher Helvetiaplatz. Doch nicht nur die Gemüseverkäufer buhlen am Freitagmorgen um die Aufmerksamkeit der Kunden, auch politische Ideen sind im Angebot. Ein Mann im Hippie-Tenue sammelt Unterschriften für das Verbot von Tierversuchen, daneben werben zwei junge Aktivisten für ein Verbot von Atomwaffen. Der Vertreter einer Rentnerorganisation versucht, mit Passanten ins Gespräch über die anstehende Abstimmung zur BVG-Reform zu kommen. Er nimmt sich viel Zeit, diese von einem Nein zu überzeugen.

Genau so stellt man sich die Postkartenversion der direkten Demokratie gerne vor: ein bedeutungsschwangerer Ort, wie der Zürcher Helvetiaplatz, seit je ein wichtiger Versammlungsort des kleinen Mannes; engagierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die Unterschriften sammeln für ein Anliegen, das ihnen am Herzen liegt; Passanten, die sich in ein Gespräch verwickeln und sich vielleicht überzeugen lassen, so dass die Unterschriftenlisten dereinst medienwirksam vor dem Bundeshaus deponiert werden – und das Anliegen den Weg auf den Stimmzettel und in die Briefkästen der Schweizerinnen und Schweizer findet.

Das alles wäre undenkbar ohne die wichtigste Ingredienz der direkten Demokratie helvetischer Ausprägung: Vertrauen. Meist wird es stillschweigend vorausgesetzt. Umso grösser der Aufschrei, wenn es infrage gestellt wird. Und dafür sorgten in jüngster Vergangenheit einige Vorfälle: Anfang August verkündete das Bundesamt für Sozialversicherungen, dass der Bund sich beim Defizit der AHV um Milliarden verrechnet hatte. Das Problem an dieser an sich schönen Nachricht: Erst zwei Jahre ist es her, da votierte das Land für eine Erhöhung des Frauenrentenalters. Aus Sicht der Linken ein Ent-

scheid, der auf falschen Annahmen fusst. Grüne und SP fordern nun eine Annullierung der Abstimmung. Ein Urnengang, aufgehoben per Gerichtsentscheid: der direktdemokratische Super-GAU. Die Schweiz hat dies erst einmal erlebt. 2019 erklärte das Bundesgericht die Abstimmung zur Volksinitiative gegen die Heiratsstrafe für ungültig, weil der Bundesrat zuvor falsch informiert hatte.

Längst läuft die nächste Kampagne unter schwierigen Vorzeichen. In zwei Wochen stimmt die Bevölkerung über eine Reform der zweiten Säule ab, bei der für viele unklar ist, welche Folgen dieser Entscheid für sie persönlich haben wird. Politisches Stochern im Nebel, ausgerechnet bei der Vorsorge fürs Alter.

Diese Woche folgte der jüngste Knall: Die Tamedia-Zeitungen machten publik, dass bei der Unterschriftensammlung für mehrere Initiativen massiv getrickt worden war. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Wahlfälschung. Derzeit ist nicht ausgeschlossen, dass die Bevölkerung über Vorlagen abgestimmt hat, die gar nie an die Urnen hätten kommen dürfen, weil die Initianten die Hürde von 100 000 gültigen Unterschriften in Wahrheit nie erreicht hatten.

Sammler spüren Misstrauen

All das rüttelt am Bild der sauberen Demokratie. «Alles, was in irgendeiner Form das Vertrauen in die Politik schwächt, ist schlecht», so fasst Marcel Dettling, Präsident der SVP, die vergangenen Wochen zusammen. «Das gilt für hochbezahlte Beamte, die falsch rechnen, genauso wie für die paar Kriminellen, die offenbar mit Unterschriften betrügen.» Die Sammler auf dem Helvetia-

platz bemerken die Folgen unmittelbar. Timothy Oesch von der Allianz für ein Atomwaffenverbot, der in Zürich versucht, Menschen vom Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag zu überzeugen, spürt das Misstrauen. «Es war schon immer streng. Jetzt ist es noch schwieriger», sagt er. Oesch wühlt das Thema sichtlich auf. «Die Menschen glauben nicht mehr, dass man hinter dem steht, wofür man sammelt.»

Der Mann, der die jüngste Aufregung im Wesentlichen ausgelöst hat, weist alle Schuld von sich. Franck Tessemo, Chef des Vereins Incop, jener Firma, deren Sammler mutmasslich im grossen Stil falsche Unterschriften abgeliefert haben sollen, erklärt gegenüber der Tamedia-Redaktion: «Wir haben uns nichts vorzuwerfen.» Wenn er erfahre, dass jemand seiner Leute betrüge, entlasse er ihn.

Tessemos Unternehmen ist nicht das einzige, das Unterschriften gegen Geld aufreibt. Manche der Firmen sind seriös, andere weniger. In der Westschweiz ist eine ganze Reihe von Firmen aktiv, die das Geschäft besonders aggressiv betreiben. Diese Zeitung hat mit etlichen Initiantinnen und Initianten gesprochen. Viele haben ihre Erfahrungen mit den aufdringlichen Methoden der Unterschriftensammler gemacht. Im Grunde kann jeder, der irgendwo im Land laut über eine Volksinitiative nachdenkt, mit einer mehr oder weniger seriösen Offerte zur Sammlung von Unterschriften rechnen.

So auch die Befürworter der Inklusionsinitiative. Diese verlangt die Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen. Am Donnerstagnachmittag haben sie in Bern ihre Bögen bei der Bundeskanzlei deponiert. 108 000 Unterschriften sind zusammengekommen, ganz ohne bezahlte Sammler.

Alles wäre undenkbar ohne die wichtigste Ingredienz der direkten Demokratie: Vertrauen.

Fortsetzung von Seite 9

Dabei hat es an Angeboten nicht gefehlt. Ende Mai meldete sich Franck Tessemo persönlich per E-Mail bei den Initianten: «Innerhalb von fünf bis sechs Wochen könnten wir 20 000 Unterschriften sammeln, zu 4 Franken pro Unterschrift», schrieb er. Die Firma Pôle Swiss, eine von Tessemos Konkurrentinnen, wollte ebenfalls für die Inklusion auf die Strasse. Sie bot an, wöchentlich bis zu 3000 Unterschriften zu sammeln. Die Signaturen seien von «guter Qualität», versprach der Anbieter. Der Preis? «À discuter.» Das Unternehmen bezog sich in seiner Offerte auf ein Telefongespräch «mit einem der Verantwortlichen dieser Initiative». Ein Austausch, den es aber nie gegeben hat, wie Iris Hartmann, Geschäftsleiterin des Vereins für eine inklusive Schweiz, betont.

Noch dreister ging es in Basel zu. Von seinem Büro in der St.-Jakobs-Strasse aus weibelte Andreas Faller für die Versorgungsinitiative, die den Mangel an Medikamenten beheben will. «Nebst dem Engagement unserer freiwilligen Unterstützer haben wir einzig zwei seriöse Firmen mit der Sammlung betraut. Mit deren Leistung sind wir auch zufrieden», sagt Faller. Einige der anderen Anbieter seien ihm unseriös und verdächtig erschienen, eine Zusammenarbeit sei daher nicht infrage gekommen. Dann aber bemerkten Faller und seine Mitstreiter, dass einer der Anbieter ohne Auftrag Unterschriften in ihrem Namen sammelte. «Da war eine Grenze überschritten, wir mussten intervenieren und haben dies schriftlich untersagt», sagt der Rechtsanwalt Faller.

«Mystifizierung des Althergebrachten»

Doch ist damit die direkte Demokratie, die Säulenheilige des Schweizer Selbstverständnisses, in Gefahr?

«Das Vertrauensproblem ist nicht wegzureden», sagt Andreas Glaser, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich und Direktionsmitglied des Zentrums für Demokratie in Aarau. Auch wenn die Forschung gezeigt habe, dass man sich in der Schweiz mit Geld kein Abstimmungsergebnis kaufen könne, lasse sich doch das Agenda-Setting beeinflussen, wie die Blackout-Initiative nun zeige. Nach deren Einreichung hat der Bundesrat jüngst beschlossen, das Neubauverbot für Kernkraftwerke aufzuheben. «Die wichtigste Frage im Raum ist allerdings nicht die, ob das Sammeln bezahlt werden dürfe oder nicht, sondern jene, warum die Bundeskanzlei nach dem Auftreten der ersten Unregelmässigkeiten die Kantone nicht sensibilisiert hat.» Eine mögliche Antwort: «Man akzeptiert gewisse Unsicherheiten im analogen System aus Angst vor grösseren Manipulationen in einem digitalen System», glaubt der Staatsrechtler. Zudem spiele eine ge-

wisse Mystifizierung des Althergebrachten mit, wenn sich nun alle aufgeschreckt zeigten.

So unschuldig wie die Postkartenversion der direkten Demokratie erscheint, war sie auch in der Vergangenheit nicht. Weder das Klagen über bezahlte Unterschriftensammler noch die Entrüstung über unanständige Unterschriftenjäger ist neu. Nicht einmal das Fälschen ist eine Erscheinung des 21. Jahrhunderts: Schon im Juni 1922 monierte die «Neue Zürcher Zeitung», dass die «grosse Zahl gefälschter Unterschriften» für ein neues Medizinalgesetz im Kanton auf «entlohnte Unterschriftensammler» zurückzuführen sei, und fragte sich, «ob man in Zukunft gegen solche Art der Sammlung nicht vorgehen solle». Gerade einmal acht Jahre war das neue Initiativ-

recht alt, als zum ersten Mal Unterschriftenbogen Makulatur wurden: «Die vielen bereits unterzeichneten Bogen müsse man dem Papierkorb anvertrauen», klagte die «Neue Zürcher Zeitung» im Februar 1899, denn kurz vor Ablauf der Frist habe das Initiativkomitee den Wortlaut seines Begehrens im Zusammenhang mit der Revision des Zedelgesetzes (Pfandrecht an Liegenschaften) abgeändert und ergänzt. Die «Herren Arrangeure» hätten nicht die nötige Sorgfalt im Gebrauch des «schönen Volksrechtes» gezeigt, urteilte die Zeitung und hielt die «vielfach geäusserte Verstimmung» über die vergebene Liebesmüh der Sammler für verständlich.

Unterschriftensammeln war schon Knochenarbeit, als das Initiativrecht noch in den Kinder-



Auch die Allianz für ein Atomwaffenverbot sammelt derzeit Unterschriften.

schuhen steckte. Jedenfalls blieb die Klage über das unlautere Vorgehen der Unterschriftenjäger konstant. 1956 etwa beschwerte sich ein Leserbriefschreiber, dass Stimmbürger vor und nach dem Urnengang von lästigen Jägern «abgefangen» und mit «dürftiger Auskunft über Zweck und Ziel und namentlich über die Urheber der Initiative» zur Unterschrift veranlasst würden. Mehr als einmal kam es in der Stadt Zürich offenbar gar zu Polizeieinsätzen vor verschiedenen Abstimmungslokalen, so dass 1959 ein Gemeinderat ein örtliches Sammelverbot erreichen wollte.

Gelebte direkte Demokratie war also von Beginn weg kein Spaziergang. Bei 59 Prozent der 223 Volksinitiativen, die von 1891 bis im Juni 2021 zur Abstimmung gekommen sind, betrug die Zahl gültiger Unterschriften weniger als das 1,2-Fache der geltenden Mindestzahl, wie eine Studie zeigt. Das Quorum zu erreichen, ist eine echte Herausforderung. Damals wie heute.

Elektronische Alternativen

«Läuft alles perfekt? Nein», sagt Marc Bühlmann. «Aber eigentlich müssen wir sagen, das System funktioniert, die Missstände sind aufgedeckt.» Der Politologe ist Direktor von «Année Politique Suisse», der Chronik zur Schweizer Politik, und forscht an der Universität Bern. Kurzfristig könne die Berichterstattung über die gefälschten Unterschriften eine gewisse Unruhe hervorrufen, sagt Bühlmann. Längerfristig glaubt er nicht, dass das Misstrauen in der Bevölkerung stark zunimmt.

Bühlmann verortet die Herausforderungen der direkten Demokratie an anderer Stelle. «Allein die Existenz bezahlter Sammler zeigt doch, wie unglaublich schwierig es für viele Anliegen ist, die nötigen Unterschriften zusammenzubekommen.» Rund ein Drittel aller lancierten Initiativen kämen gar nie zustande. Die Freiwilligenarbeit sei in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erodiert, die Gesellschaft weniger sozial als früher, hält Bühlmann fest. «Das macht es für Komitees, die keine potente Organisation im Rücken haben, sehr schwer, sich Gehör zu verschaffen.» Diese Entwicklung, so der Wissenschaftler, dürfte dazu führen, dass wieder verstärkt über digitale Alternativen zur klassischen Sammlung nachgedacht werde. Das sieht auch der Staatsrechtler Andreas Glaser so.

Einfach haben es solche Reformen nicht in einem Land, das noch 2021 die E-ID mit fast zwei Dritteln der Stimmen bachab schickte. Die Einführung elektronischer Abstimmungen in den Kantonen (offizielles Motto: «Sicherheit vor Tempo») startete kurz nach der Jahrtausendwende. Seither schleppen sich die Projekte äusserst gemächlich vorwärts. Aktivistinnen und Aktivisten, wie jene auf dem Zürcher Helvetiaplatz, werden also noch eine ganze Weile zum Strassenbild gehören. Und ihre bezahlten Kollegen genauso.

Saisoneröffnung
**VÍKINGUR
ÓLAFSSON**

Paavo Järvi Music Director

Brahms Klavierkonzert Nr. 1
Strawinsky «L'oiseau de feu»

**18.–20. Sep
2024**
Tonhalle Zürich

**TONHALLE
ORCHESTER
ZÜRICH**

PAAVO JÄRVI
MUSIC DIRECTOR

